



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 76 • Die Woche im Bundestag • 11.06.2010

Christian Wulff für Amt des Bundespräsidenten nominiert

Der Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten hat uns alle überrascht. Wir bedauern diesen Rücktritt und danken ihm herzlich für seine über viele Jahre geleistete Arbeit.

Mit Ministerpräsident Christian Wulff haben CDU, CSU und FDP einen Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten nominiert, der über eine breite politische Erfahrung verfügt:

Er führt in Niedersachsen seit langer Zeit sehr erfolgreich eine christlich-liberale Koalition und hat das Bundesland mit großer Umsicht, Weitblick und auf der Grundlage eines festgefügtten Wertefundaments regiert.

Christian Wulff zeichnet es aus, dass er zusammenführt und stets offen und neugierig auf die Menschen zugeht. Wir sind sicher, dass er ein hervorragender Bundespräsident werden wird.

Größtes Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik

In einer Sondersitzung der Bundestagsfraktion haben wir gestern über die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten.

Dabei ist deutlich geworden, dass mit den Vorschlägen der Bundesregierung ein faires und ausgewogenes Programm vorliegt, das in die richtige Richtung weist.

Insgesamt sollen bis zum Jahr 2014 durch den Abbau von Subventionen, der Beteiligung von Unternehmen, Einsparungen in der Verwaltung und der neuen Akzentuierung von Sozialgesetzen rund 81,6 Mrd. Euro weniger Schulden aufgenommen werden.

Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu verbessern, den Wohlstand unseres Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir diesen Weg beschritten: 2009 haben wir im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert; vor dem Ausbruch der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik standen wir kurz davor, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Diesen Weg setzen wir nun konsequent fort.

Eine nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushaltes macht Einsparungen auch in den Bereichen Arbeit und Soziales erforderlich.

Nur auf diese Weise wird es uns möglich sein, die Grundlagen eines solidarischen Gemeinwesens für nachfolgende Generationen zu bewahren und auch zukünftig noch denen zu helfen, die dazu aus eigener Kraft nicht im Stande sind. Gerade mit Blick auf die wirklich Bedürftigen gilt: Schulden machen ist unsozial.

Maßnahmen gegen Spekulanten

Der sichtbaren Erschütterung des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte tritt die christlich liberale Koalition mit einem Gesetzentwurf entgegen, der in der vergangenen Woche im Kabinett verabschiedet wurde und der potenziell krisenverstärkende Finanzmarkttran-

saktionen verbietet sowie mehr Transparenz bei diesen Geschäften schafft.

Dieses Vorgehen steht im Einklang mit der Erkenntnis, dass Leerverkäufe in erheblichem Maße zu einer Destabilisierung der Kursentwicklung von Wertpapieren führen können.

Deshalb werden ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien und Staatsschuldtiteln der Eurozone sowie Kreditderivate auf Staatsschuldtitel der Eurozone ohne Absicherungszwecke verboten.

Darüber hinaus schafft der Gesetzentwurf eine gesetzliche Ermächtigung für ein Verbot entsprechender Derivate.

Zudem wird für Netto-Leerverkaufspositionen ein zweistufiges Transparenzsystem eingerichtet, das den Vorschlägen für ein entsprechendes gesamteuropäisches System folgt.

Das Modell sieht zum einen eine Pflicht zur Unterrichtung der BaFin und zum anderen die Pflicht zur Veröffentlichung größerer Leerverkaufspositionen vor.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Union erfolgreich

Die Zahl der Erwerbslosen ist im Mai erneut deutlich gesunken. Im Vergleich zum Vormonat ging sie um 165.000, im Vergleich zum Vorjahr um 217.000 Personen zurück.

Insgesamt waren im vergangenen Monat 3.242.000 Menschen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote sank damit um 0,4 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent.

Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ging zugleich ein Zuwachs der Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einher:

Saisonbereinigt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im April um 38.000 auf 40,12 Millionen, die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im März um 82.000 auf 27,38 Millionen.

(Quellen: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)

Aufschwung gewinnt an Fahrt

Nach zwei schwachen Quartalen erholt sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland deutlich.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet im Zeitraum April - Juni ein kräftiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,7 Prozent.

Maßgeblich für den Aufschwung sind die Industrie und Bauwirtschaft. Insbesondere das produzierende Gewerbe wuchs im ersten Quartal um stattliche 3,1 Prozent. Eine gute Auftragslage in der Industrie und deutliche Zuwächse im Export sprechen zudem für einen Aufschwung, der sich zunehmend stabilisiert.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Höhere Zuwanderung senkt Wanderungsdefizit

Im vergangenen Jahr sind 721.000 Personen aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland gezogen.

Dies waren 39.000 Zuzüge mehr als im Jahr 2008 (+6 Prozent). Hauptherkunftsländer waren Polen (123.000), Rumänien (56.000), die USA (30.000), die Türkei (30.000) und Bulgarien (29.000). Auch die Zahl der Zuzüge deutscher Personen ist mit rund 115.000 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.

Gleichzeitig wurden im selben Zeitraum rund 734.000 Fortzüge verzeichnet. Die Hauptzieländer der Auswanderer waren Polen (123.000), Rumänien (44.000), die Türkei (40.000), die USA (36.000) und die Schweiz (30.000).

Insgesamt ergibt sich damit ein Wanderungsdefizit von 13.000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Wanderungsdefizit durch die höhere Zuwanderung um etwa 43.000 Personen verringert. In den Jahren 1985 bis 2007 konnte jeweils ein Wanderungsüberschuss verzeichnet werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)